



Ab sofort informiere ich Sie über meine politische Arbeit auch auf Instagram. Kommen Sie mit auf meine nächste Reise in die Mongolei, nach Australien, Bahrain und China:  
[www.instagram.de/ursulavonderleyen](http://www.instagram.de/ursulavonderleyen)

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

das Wahlergebnis in Bayern schmerzt. Die CSU bleibt aber stärkste Partei und wird in den nächsten Wochen Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen führen, um eine stabile Regierung zu bilden. Für uns als CDU geht es nun um Hessen. Hessen ist stark und wird von Volker Bouffier erfolgreich regiert. Wir kämpfen gemeinsam dafür, dass die CDU auch in Zukunft den Ministerpräsidenten stellt.

Am Mittwoch und Donnerstag fand der Europäische Rat in Brüssel statt. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat in ihrer Regierungserklärung am Mittwoch im Bundestag über die Schwerpunkte informiert. Im Mittelpunkt standen die Brexit-Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich. Für uns ist seit dem Austrittswunsch der Briten klar: Die verbleibenden 27 Mitgliedsstaaten müssen zusammenstehen. Es ist ein gutes Zeichen, dass uns das gelingt. Drittstaaten können nicht dieselben Privilegien genießen wie die Mitglieder des größten Wirtschaftsraums der Welt. Die vier Freiheiten des Binnenmarktes (Kapital, Waren, Dienstleistungen und Personen) sind für uns deshalb nicht verhandelbar. In den letzten Monaten wurden in den Verhandlungen große Fortschritte erreicht. Für 90 Prozent des Austrittsabkommens ist bereits eine Übereinkunft getroffen worden. Ungeklärt bleibt die Frage der Grenze zwischen Irland und Nordirland. Für uns ist das ein entscheidender Punkt. Es darf auch nach der Übergangsperiode keine harte Grenze zwischen beiden Ländern geben. Derartige Grenzkontrollen gefährdeten den erfolgreichen Friedensprozess des Karfreitagsabkommens. Bis es eine dauerhafte Lösung gibt, etwa ein umfassendes Freihandelsabkommen, muss Nordirland Bestandteil der Zollunion und des europäischen Binnenmarktes bleiben.

Wir wollen einen Brexit ohne Abkommen unbedingt vermeiden. Es ist aber nun an Großbritannien, in den offenen Fragen Lösungen anzubieten. Bis Mitte November muss der Austrittsvertrag vereinbart werden, damit die Parlamente das Abkommen ratifizieren können. Nur dann kann ein harter Brexit bis zum Austritt am 29. März 2019 verhindert werden. Als Bundesregierung bereiten wir uns aber auf alle Szenarien vor. Das gilt ausdrücklich auch für den Fall des ungeordneten Austritts.

Die Migrationspolitik war ein weiteres Thema auf dem Gipfel. Ein Ansatz der österreichischen Ratspräsidentschaft ist die bessere Zusammenarbeit mit Transit- und Herkunftsländern sowie Drittstaaten. Unser Ziel ist es, den Schleppern das Handwerk zu legen. Wir lassen nicht zu, dass kriminelle Banden über den Weg nach Europa entscheiden und Menschen in Lebensgefahr bringen.

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin



## **Sitzungen des Deutschen Bundestages vom 15. bis 19. Oktober 2018**

### **Regierungserklärung zum Europäischen Rat und zum ASEM-Gipfel in Brüssel**

Neben dem Brexit und der Migration steht das Thema der inneren Sicherheit auf der Tagesordnung der Staats- und Regierungschefs. Insbesondere gegen Cyberkriminalität wird die Europäische Union die Zusammenarbeit stärken. Um in der Terrorismusabwehr wehrhafter zu werden, gilt es zusätzlich die IT-Systeme der verschiedenen Länder kompatibel zu gestalten. Debattiert wird auch über die Fortentwicklung der Wirtschafts-, Währungs- und Bankenunion.

Auf dem Europa-Asien Gipfel geht es neben Handelsfragen auch um sicherheitspolitische Herausforderungen und den Klimawandel.

### **Stärkung der Chancen für Qualifizierung und Schutz in der Arbeitslosenversicherung**

Das Plenum hat in erster Lesung einen Gesetzentwurf zum Ausbau der Weiterbildungsförderung für Arbeitnehmer beraten. Wir werden insbesondere denjenigen Fortbildungen ermöglichen, die vom Strukturwandel betroffen sind. Gleichzeitig fördern wir Menschen, die aufstockende Leistungen des Staates erhalten oder Berufe anstreben, in denen es zu wenig Personal gibt.

Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird zur Entlastung von Beschäftigten und Arbeitgebern zum 1. Januar 2019 von 3 Prozent auf 2,6 Prozent gesenkt. Das Kabinett hat zudem beschlossen, den Beitragssatz zur Arbeitsförderung befristet bis Ende 2022 auf 2,5 Prozent zu senken.

### **Bekämpfung des IS-Terrors und Stabilisierung des Iraks**

In namentlicher Abstimmung stimmte das Plenum dem Antrag auf Mandatsverlängerung des Einsatzes deutscher Streitkräfte im Irak bis zum 31.10.2019 zu. Die Bundeswehr wird sich weiterhin im Rahmen der internationalen Anti-IS-Koalition durch Luftaufklärung, durch Luftbetankung, durch Stabspersonal sowie

durch Luftraumkoordinierung beteiligen. Fortgesetzt wird ebenfalls die in diesem Jahr angenommene Ausbildungskomponente, welche die spezialisierte militärische Ausbildung der irakischen Streit- und Sicherheitskräfte im gesamten Land ermöglicht, beispielsweise bei der medizinischen Versorgung oder der Beseitigung von Minen und Kampfmitteln. Wir unterstützen somit auf Bitte der irakischen Regierung die Stabilisierung des Landes sowie dessen militärischen Fähigkeitsausbau und übernehmen weiterhin unsere Verantwortung im Bündnis. Dabei bleibt der Einsatz auf maximal 800 Soldaten begrenzt.

### **Gesetz zur Beitragsentlastung der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung**

Zur Entlastung der Arbeitnehmer wird mit dem Gesetz die Vorgabe aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt, dass Arbeitgeber ab 2019 wieder paritätisch den Zusatzbeitrag zur Gesetzlichen Krankenversicherung mittragen. Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer erhalten dadurch mehr netto vom brutto. Arbeitnehmer und Rentner zahlen monatlich bis zu 38 Euro weniger Beiträge. Eine weitere Maßnahme kommt gesetzlich versicherten Kleinselbstständigen zugute, für die hohe Krankenkassenbeiträge oft eine Last sind. Deshalb wollen wir ab 2019 den monatlichen Mindestbeitrag zur Krankenkasse auf nur noch 171 Euro halbieren. Das ermöglicht eine Entlastung von bis zu 180 Euro. Außerdem wird die soziale Absicherung von Soldaten auf Zeit verbessert. Sie sollen sich nach Ende ihrer Dienstzeit in der gesetzlichen Krankenversicherung versichern können und übergangsweise einen Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen erhalten. Insgesamt erreichen wir eine Entlastung der Beitragszahler von etwa 8 Milliarden Euro pro Jahr.

### **Steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus**

Der Bundestag hat in erster Lesung einen Gesetzentwurf der Wohnraumoffensive beraten. Mit der Initiative wollen wir insgesamt 1,5 Millionen neue Wohnungen und Eigenheime zusätzlich bauen. Hintergrund ist der Mangel an

bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen. Um die Nachfrage durch verstärkten Mietwohnungsneubau zu decken, zielt die Einführung der Sonderabschreibung darauf ab, insbesondere private Investoren zum Bau preiswerter Mietwohnungen zu bewegen. Die bestehenden steuerlichen Vorteile werden zeitlich befristet noch attraktiver. So ermöglichen wir durch die gezielte Förderung neue Mietwohnungen.

### **Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung**

Wir haben in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Förderung der Qualität frühkindlicher Bildung in Kitas beraten. Wir setzen damit unsere Politik des Kita-Ausbaus fort und unterstützen bei dieser Aufgabe die primär zuständigen Länder und Kommunen. Das hilft Kindern wie ihren Eltern. Die Gewährleistung eines bedarfsgerechten Angebots, ein guter Erzieher-Kind-Schlüssel, qualifizierte Fachkräfte sowie die Stärkung der Kitaleitungen sind uns als CDU wichtig. Darüber hinaus werden Eltern bei den Gebühren durch eine bundesweit verpflichtende Staffelung der Kita-Beiträge nach sozialen Kriterien entlastet. Für die Verbesserung in den Kindergärten stellt der Bund bis 2022 insgesamt 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Wir knüpfen damit an die elf Milliarden Euro an, die der Bund in den letzten zehn Jahren in den Kitaausbau und den Kitabetrieb investiert hat.

### **Meine Rede im Plenum**

**Rede zur Verlängerung des Bundeswehrmandats (18. Oktober 2018)**

<http://t1p.de/s7iw>

### **Daten und Fakten**

#### **Inlandstourismus: Mehr Übernachtungen im August**

Im August 2018 gab es in den Beherbergungsbetrieben in Deutschland 56 Millionen Übernachtungen in- und ausländischer Gäste. Das ist ein Plus von drei Prozent gegenüber dem

Vorjahr. Die Übernachtungszahl von Gästen aus dem Ausland stieg dabei sogar um fünf Prozent auf 10,6 Mio. Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Inland erhöhte sich um drei Prozent auf 45,4 Millionen.

### **Landesgruppe**



**Gespräch mit David McAllister in der Landesgruppe**

In der niedersächsischen Landesgruppe war am Montag der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament, David McAllister, unser Gast. Mit ihm haben wir uns über aktuelle politische Themen ausgetauscht. Ein wichtiges Anliegen in unserem Gespräch war auch die anstehende Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019.

#### **Impressum:**

Dr. Ursula von der Leyen, MdB  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
[www.ursula-von-der-leyen.de](http://www.ursula-von-der-leyen.de)

**Jetzt neu auf Instagram:**

[www.instagram.de/ursulavonderleyen](https://www.instagram.de/ursulavonderleyen)

#### **Bildrechtenachweis:**

Jan Kopetzky; CDU/CSU-Bundestagsfraktion; CDU-Landesgruppe Niedersachsen/ Arnim Linnartz; Deutscher Bundestag/Achim Melde; Deutscher Bundestag/Thomas Imo/photothek; Bundespresseamt; Bundeswehr: Thorsten Kraat; CDU-Landesgruppe Niedersachsen: Stefan Krüppel